

Pulsnitzer Tageblatt

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Er scheint an jedem Werktag
In Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.50 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeile (Stoffe's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei umfangreicher Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Redaktionsbeitrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhörn, Brettnig, Hauswaid, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Döberitz, Mittelbach, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Wittenberg, Klein-Dittmannsdorf

Verlagsstelle: Pulsnitz, Albrechtsstr. 2

Druck und Verlag von E. A. Fiedlers Erben (Inh. A. W. Moor)

Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 247

Freitag, den 21. Oktober 1927

79. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Die Firma **Gebr. Richter** in **Oberlichtenau** beabsichtigt, zwei Steinpalmmaschinen auf dem Flurstück Nr. 293 des Flurbuches für Oberlichtenau aufzustellen. Nach § 17 der Reichsgewerbeordnung wird dies mit der Aufforderung bekannt gemacht, etwaige Einwendungen gegen diese Anlage binnen 14 Tagen, von Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, hier anzubringen, andernfalls das Widerspruchsrecht verloren geht. Die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen werden durch den Fristablauf nicht ausgeschlossen.

Amtshauptmannschaft Ramenz, am 18. Oktober 1927.

In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen der Firma **Röbberal Lederwarenfabrik Schölzel & Fichte G. m. b. H.** in **Brettnig**, Bez. Dresden, wird zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen **der Schlusstermin auf den 12. November 1927, vormittags 9 Uhr** vor dem hiesigen Amtsgerichte bestimmt. In diesem Termine sollen auch die nachträglich angemeldeten Forderungen geprüft werden.

Pulsnitz, den 18. Oktober 1927.

Das Amtsgericht.

Das Wichtigste

Die Verhandlungen der Schlichtungskammer zur Beilegung des Braunkohlenstreits wurden gegen 23 Uhr auf Freitag mittag 13 Uhr vertagt, da noch eine Reihe von Differenzpunkten der Klärung bedürfen. Ueber die Aussichten läßt sich zur Zeit nicht das Geringste sagen. Der Reichstag wird am kommenden Sonnabend sich bereits wieder vertagen.

Die deutsche Außenhandelsbilanz hat sich im September weiter gebessert. In Hamburg ist eine neue Entdeckung auf dem Gebiete der Krebsforschung gemacht worden.

In der letzten Nacht kenterte unweit der Hafensanctiion bei Finkenwärd auf der Elbe ein mit drei Passagieren besetztes Segelboot. Sämtliche Passagiere ertranken.

Das 158 Tonnen große Segelschiff „Anna“, welches den Hamburger Hafen am 23. September verlassen hat, ist stark überfällig. Nach einer am 24. September ergangenen amtlichen Meldung aus Cuxhaven, ist das Schiff an diesem Tage trotz schwerer See ausgefahren. Seitdem waren alle Nachforschungen nach dem Verbleib des Schiffes vergeblich.

Nach einer Meldung der Berliner Morgenblätter ist in Süditalien dem kürzlichen Bewaffnungserlass nunmehr die Schließung deutscher Gaststätten in Venedig, Genua und Triest gefolgt. Auch in anderen Orten Süditaliens sind eine Anzahl von Gasthäusern geschlossen worden. Begründet wird diese Maßregel damit, daß in diesen Gaststätten deutsche Veder gelungen wurden.

15 aus Frankreich ausgewiesene italienische Kommunisten, die bei Lille die belgische Grenze überschritten hatten, sind von belgischen Gendarmen wieder nach Frankreich zurückgebracht worden.

Die Verwaltungskommission der französischen sozialistischen Partei beschloß, drei Parteimitglieder, die sich zur Teilnahme an der Revolutionsfeier nach Madrid begeben hatten, auszuschließen.

Anlässlich der Wiederaufstellung des Bagens, in dem die Unterzeichnung des Waffenstillstandes zwischen Marshall Foch und Erzberger stattfand, wird im Walde von Compiègne am 11. November eine Feier unter dem Vorsitz von Kriegsminister Painlevé stattfinden.

Von den 15 Abkommenskonferenzen, die in dieser Saison im Madrider Musikpalast stattfanden, sind die Hälfte deutscher Musikgewinnler. Als besonderer Festabend deutscher Tonkunst ist der 11. Februar unter Leitung von Kleiber vorgesehen.

Der Kaiser von Japan hat gestern, nach Meldungen aus Tokio, mit Befolgen die Hauptstadt verlassen und sich an Bord der „Mutsu“ in Yokohama zur Teilnahme an den japanischen Fotomannövern eingeschifft. Die Manöver sind die größten und bedeutendsten, die jemals von der japanischen Flotte abgehalten wurden.

Nach einer Agenmeldung aus Buenos Aires sind dort die französischen Flieger Goffe und Le Biz um 12.50 Uhr dortiger Zeit gelandet. Sie haben die Strecke Palotas — Buenos Aires in 3 Stunden 10 Minuten zurückgelegt.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Sängergemeinschaft der Arbeiter-Sängervereine von Pulsnitz u. Umg.) Unter diesem Namen hat sich eine Reihe von Arbeiter-Sängervereinen (Pulsnitz, Dorn, Wittenberg, Oberlichtenau und Ober- und Niedersteina) zu gemeinsamer Arbeit zusammengeschlossen. Es zeugt von Idealismus der Arbeiter-Sänger, wenn sich aus den immerhin kleinen Orten die stattliche Zahl von ca. 300 Sängern und Sängerinnen freiwillig zu solchen Schaffensgemeinschaften hat. Daß dieser Idealismus Opfer fordert — besonders Opfers an der für den Arbeiter so knappen freien Zeit —, das ist nur nebenher gesagt, sind es doch schließlich interne Angelegenheiten der Sängergemeinschaft. Die Öffentlichkeit wird sich erst dann für sie interessieren, wenn sie etwas von ihrer Arbeit hören läßt. Das soll nun zum ersten Male am kommenden Sonnabend in Pulsnitz mit einem Volkslieder-Abend geschehen. — Warum sie das Volkslied wählte? Nun, einmal deswegen: die Sängergemeinschaft hat zum Grundgesetz, nur beste Musik zu Gehör zu bringen, ihrer selbst und auch der volkreichlichen Aufgaben wegen, die jede öffentliche Veranstaltung hat. Zweifelloso gehört das Volkslied, von einigen minder guten Bearbeitungen abgesehen, mit zum Besten unserer Chor- und Liedertreue. Immer noch viel zu wenig wird es gesungen; wie viele Chöre im „Vierteltakt“ könnte es auf so manchem Programm ersetzen. — Ein anderer Grund ist der: Volkslieder stellen, wenn sie zu lebendigem Ausdruck gelangen sollen, gewisse Anforderungen an die Gestaltungs-kraft eines Chores; und deswegen eignen sie sich besonders dazu, die Sängerschaft vorzubereiten für neue, größere Aufgaben.

— (Vom Gebirgsverein.) Die Ortsgruppe des Gebirgsvereines für die Sächsische Schweiz Radeberg—Arns-

Schlußdebatte über das Reichsschulgesetz

Der Bildungsausschuß des Reichstages

Deutscher Reichstag.

Die Schlußdebatte über das Reichsschulgesetz wickelte sich weniger im Plenarsaal des Reichstages als im Reichstagsrestaurant ab. Das übliche Bild, wenn sich die Gemüter nach der ersten Hitze des Gefechts beruhigt haben. Es reden noch von jeder Partei mehr oder minder bekannte Vertreter, die sich gegenseitig nichts mehr tun. Auf den Bänken sind nur hier und da einige Abgeordnete, die noch zuhören, verstreut. Ein friedliches Bild, ein Bild der Eintracht. Im Reichstagsrestaurant sollen am Donnerstag ziemlich starke Umfänge gewesen sein, man machte die Politik beim guten Essen, beim Glase Bier oder einer Tasse Kaffee. Währenddessen plätscherte der Redefluß im großen Saale fort, es geht alles von selbst, und erreicht wird natürlich wie fast immer beim Reden, nichts.

341. Sitzung, Donnerstag, den 20. Oktober 1927.

In der Donnerstagssitzung des Reichstages wurde zunächst eine Reihe von kleineren Handelsverträgen und Handelsabkommen ohne Debatte angenommen. Das Handelsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

In der Fortsetzung der Debatte über das Reichsschulgesetz sprach als erster Redner der deutsch-nationale Abgeordnete Schulte-Frankfurt, der das Schulgesetz vom Standpunkt des Lehrers aus behandelte. Er wandte sich gegen die Stellungnahme des Deutschen Lehrervereins. Den angeblich 150 000 deutschen Lehrern, die das Schulgesetz abgelehnt haben, ständen 4 1/2 Millionen christlicher Eltern gegenüber, die eine christliche Schule fordern. Auch die deutsch-nationale Fraktion wolle den drei Schulformen Gelegenheit geben, im friedlichen Wettbewerb nebeneinander ihren Wert zu erweisen.

Der Abgeordnete Dr. Fischer, Köln (Dem.), begründete die demokratische Interpellation über die Kostenfrage. Er behauptete, für die 33 000 Volksschulen des preussischen Staates müsse der bisherige Aufwand fast verdoppelt werden. Er errechnete für Deutschland einen Gesamtaufwand von 1112 Millionen Mark, wobei die Kosten für Schulaufsicht, Lehrerbildung usw. nicht einbezogen seien. Die Reichsregierung könne an dieser Frage nicht vorbeigehen. Seine Fraktion sei nicht bereit, derartige Beträge dem Reichsschulgesetz zu opfern.

Abg. Dr. Schreiber (Str.) erklärt, die Ausführungen der demokratischen Rednerin Fr. Dr. Bäumer hätten sicher zur Vertiefung des ganzen Schulproblems beigetragen, und er sei ihnen mit Interesse gefolgt. Die Frage sei, wie wir in Deutschland eine das gesamte deutsche Volk umfassende Bildungseinheit schaffen können. Die von Frau Dr. Bäumer als kulturelle und Bildungsbasis gezeichnete Grundlage für die deutsche Volksgemeinschaft sei zu schmal. Entschieden müsse das Zentrum die Auffassung ablehnen, als ob es die Erziehung zum Konfessionellen wolle, zum staatenlosen Denken, zu unendlicher Befragung.

Abg. Schneller (Komm.) bezeichnet das Gesetz als ein Instrument zur weiteren politischen Vertiefung der arbeitenden Massen, die die Kosten zu tragen hätten.

Reichsinnenminister Dr. von Reudell

beantwortete nunmehr die demokratische Interpellation über die Kostenfrage. Die Kosten seien abhängig von den Ausführungsgeboten der Länder. Ueber die Kostenbeteiligung des Reiches werde eine grundsätzliche Klärung erfolgen, bevor die Vorlage wieder dem Reichstag zugehe. Gegenüber den „Kunstvoll aufgestellten Zahlen des Abgeordneten Fischer“ müsse er eine gewisse referenzierte Stellung einnehmen. Er berufe sich auf die preussische Regierung, die in ihrer Begründung gesagt habe, ein Versuch, die Mehrkosten festzustellen, sei bisher nicht gemacht worden und könne auch nicht gemacht werden.

Der Nationalsozialist Kube wies auf die zwiespältige Haltung des Zentrums in Preußen und dem Reich hin.

Der Deutsch-Hannoveraner Uppers betonte, die Belenntnischule dürfe gegenüber der Gemeinschaftsschule nicht benachteiligt werden. Der Zentrumsabgeordnete Hofmann-Ludwigs-hafen verteidigte seine Partei gegen die Angriffe der Nationalsozialisten. Das Zentrum lasse sich gegen die Sozialdemokraten nicht scharf machen. Bei Probeabstimmungen in Bayern, Baden und Hessen seien für die Belenntnischule mehr Stimmen abgegeben worden, als für das Zentrum bei den letzten politischen Wahlen. In Schulfragen entscheide das Gewissen und nicht die politische Ueberzeugung.

Nachdem zum Schluß noch der Demokrat Rönneburg gesprochen hatte, wurde die Vorlage dem Bildungsausschuß überwiesen. Das Haus vertagte sich dann auf Freitag zur Beratung des Besoldungsgesetzes und zur Besprechung eines demokratischen Antrages auf Einführung der Rentnerversicherung.

Nach der Erledigung der Tagesordnung in der Donnerstagssitzung des Reichstages nahm der preussische Staatssekretär Dr. Weismann ohne vorherige Verabredung mit der Reichsregierung das Wort, und kam auf die Auseinandersetzung zwischen dem Reichsinnenminister von Reudell und dem preussischen Ministerialdirektor Dr. Badt aus dem Juli dieses Jahres zurück. Im Anschluß an Ausschlußberatungen des Reichstages über diese Angelegenheit habe man den Versuch einer Verständigung gemacht, der gescheitert sei. Es sei dringend notwendig, daß die Angelegenheit zu Ende gebracht werde. Die preussische Regierung lege Wert darauf, daß der Reichstag mit ihr übereinstimme, daß dieser Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Vollsitzung des Reichstages am Donnerstag der nächsten Woche gesetzt werde. Es müsse dem Reichstag zwar überlassen bleiben, zu entscheiden, ob noch eine Ausschlußsitzung über diese Sache stattfinden solle. Die Presse habe bereits darauf gedrängt, daß die Angelegenheit zur Sprache gebracht werde. Er sei daher genötigt, diesen Antrag zu stellen, und er bitte, daß der Reichstag und die Reichsregierung der Ansetzung des Termins für den nächsten Donnerstag keine Schwierigkeiten bereiteten. Der Vorsitzende erklärte, daß die Reichsregierung den Antrag nur zur Kenntnis nehmen könne. Der Reichstag erklärte sich grundsätzlich damit einverstanden, daß diese Angelegenheit in der öffentlichen Sitzung des Reichstages am nächsten Donnerstag noch einmal zur Verhandlung komme.

Nach der Ueberweisung des Reichsschulgesetzes an den Bildungsausschuß beschäftigte sich der Reichstag gemäß den Donnerstag-Beschlüssen des Aelterntages mit der Beamtenbesoldung. Auf der Tagesordnung der Freitagssitzung stand die erste Lesung des Entwurfs über die Erhöhung der Beamtengehälter. Der Reichsfinanzminister hat die Debatte mit einer großen finanzpolitischen Rede eingeleitet, die man in parlamentarischen Kreisen mit großer Spannung entgegennahm.

Schluß der Reichstags-sitzung am Sonnabend.

4 Berlin. Der Aelterntag des Reichstages hat beschlossen, am Sonnabend die beabsichtigte Pause in den Verhandlungen des Reichstagsplenums eintreten zu lassen. Nach Beendigung der ersten Lesung des Schulgesetzes und der ersten Beratung des Besoldungsgesetzes an diesem Freitag will man am Sonnabend über die Erhöhung der Kriegsbekämpfungszwecke verhandeln. Ferner sollen kleinere Vorlagen, die an Ausschüsse überwiesen werden können, auf die Tagesordnung kommen, so das Rentnerversicherungsgesetz, das die Demokraten beantragt. Sollte der Bergarbeiterstreik bis Sonnabend nicht beendet sein, so will man an diesem Tage die Interpellationen und Anträge des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Kommunisten behan-